

 **Bundeskanzleramt**

Bundesministerin für Frauen,
Familie, Jugend und Integration

[bundeskanzleramt.gv.at](https://www.bundeskanzleramt.gv.at)

MMag. Dr. Susanne Raab
Bundesministerin für Frauen, Familie,
Jugend und Integration

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.369.320

Wien, am 20. Juli 2021

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Ecker, MBA, Kolleginnen und Kollegen haben am 20. Mai 2021 unter der Nr. **6764/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „verpflichtende Beratung für Gefährder ab Juli 2021“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 8:

1. *Inwieweit ist das Konzept für die ab 1. Juli 2021 startende verpflichtende Beratung für Gefährder fertiggestellt?*
2. *Wurde das Konzept bereits veröffentlicht?*
 - a. *Wenn nein, warum nicht?*
 - b. *Wenn ja, wo wurde es publiziert?*
3. *Welche Organisationen, Vereine etc. hat Ihr Ministerium vorab für die Erstellung des Konzepts konsultiert?*
4. *Welche Personen sollen laut diesem Konzept für eine Beratung verpflichtet werden?*
5. *Ist eine „freiwillige“ Teilnahme möglich?*
6. *Wird es eine eigene Informationsseite dazu geben?*
7. *In welcher Höhe wurden bislang Budgetmittel für dieses Konzept freigegeben?*

8. In welcher Höhe sind künftig Budgetmittel für dieses bzw. ähnliche Konzept(e) vorgesehen?

Ich ersuche um Verständnis, dass diese Fragen nach den Bestimmungen des Bundesministeriengesetzes 1986 in der nunmehr geltenden Fassung, BGBl. I Nr. 30/2021, im Zusammenhang mit der Entschließung des Bundespräsidenten gemäß Art. 77 Abs. 3 B-VG, BGBl. II Nr. 41/2021 nicht Gegenstand dieses Vollziehungsbereiches sind und somit nicht beantwortet werden können.

i.V. Mag. Karoline Edtstadler

